

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 122 Anfrage Lüthold Angela namens der SVP-Fraktion über die laufende Konsultierung zum EU-Verhandlungsmandat / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Anfrage A 122 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Angela Lüthold hält an der Dringlichkeit fest.

Angela Lüthold: Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Wir finden, dass die Luzerner Bevölkerung ein Recht darauf hat, die Haltung der Regierung zu diesem Geschäft zu erfahren. Dieses Geschäft wird bei seiner Umsetzung Auswirkungen auf den Kanton haben. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, weil der Bundesrat ein Zeitraster vorgegeben hat, der meines Wissens im Februar abläuft. Das Anliegen kann nicht ordentlich traktandiert werden, weil die Frist bis zur nächsten Session abgelaufen ist. Es wird kein Verfahren tangiert. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Das Thema hat tatsächlich ein hohes politisches Gewicht, liegt aber in der Kompetenz des Bundes. Die Kantone wirken bei aussenpolitischen Entscheiden lediglich mit. Der Regierungsrat hat seine grundsätzliche Haltung bereits am 11. Januar 2024 der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) mitgeteilt. Im Moment laufen die letzten kleinen Bereinigungen, welche die KdK zuhanden des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vornehmen wird. Sie interessieren sich für die Haltung unseres Rates. Über diese Haltung kann auch in einer anderen Session diskutiert werden. Eine allfällige Diskussion wird zudem nichts daran ändern, was an der KdK verabschiedet wird. Deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 75 zu 37 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.